

Neue biometrische Pässe umstritten - Breite Sympathie für Komplementärmedizin

titel

Trendstudie Biometrische Pässe und Komplementärmedizin
1. Welle: März/April 2009

MEDIENBERICHT ZUR BEGLEITSTUDIE
„ABSTIMMUNG VOM 17. MAI 2009, 1. WELLE, APRIL 2009“
IM AUFTRAG VON SRG SSR IDEE SUISSE

Projektteam:
Claude Longchamp, Institutsleiter, Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen
Lukas Golder, Senior Projektleiter, Politikwissenschaftler
Laura Kopp, Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin
Jonas Kocher, Datenanalytiker/Programmierer
Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



Das Inhaltsverzeichnis

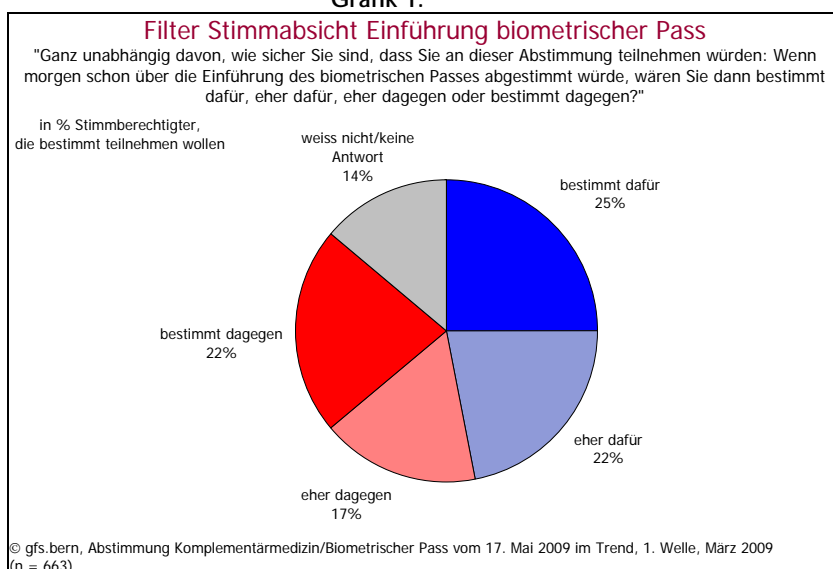
1.	HEADLINES	3
2.	DER UNTERSUCHUNGSANSATZ	5
3.	DIE BEFUNDE	8
3.1.	DIE VORLÄUFIGEN TEILNAHMEABSICHTEN	8
3.2.	STAND DER MEINUNGSBILDUNG ZU DEN BIOMETRISCHEN PÄSSEN	9
3.2.1.	<i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	<i>9</i>
3.2.2.	<i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	<i>10</i>
3.2.3.	<i>Die vorläufige Bewertung der Argumente</i>	<i>12</i>
3.3.	STAND DER MEINUNGSBILDUNG ZUR KOMPLEMENTÄRMEDIZIN	14
3.3.1.	<i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	<i>14</i>
3.3.2.	<i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	<i>15</i>
3.3.3.	<i>Die vorläufige Bewertung der Argumente</i>	<i>16</i>
4.	DIE SYNTHESE	19
	DER ANHANG	22
	DAS GFS.BERN TEAM	22

1. Headlines

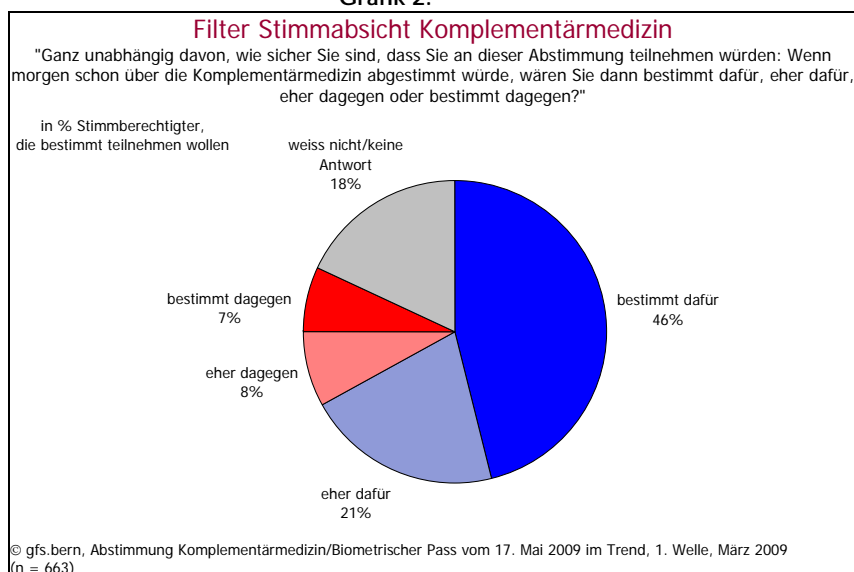
Wäre an der Wende März/April 2009 über die beiden Vorlagen entschieden worden, die am 17. Mai 2009 in der eidgenössischen Volksabstimmung anstehen, hätten 47 Prozent bestimmt oder eher für die biometrischen Pässe gestimmt, und es wären 39 Prozent bestimmt oder eher dagegen gewesen. Es hätten 67 Prozent die Komplementärmedizin mehr oder weniger klar befürwortet resp. 15 Prozent sie in unterschiedlich klarem Masse abgelehnt.

Beteiligt an den Entscheidungen hätten sich 35 Prozent der Stimmberechtigten.

Grafik 1:



Grafik 2:



Das sind die Hauptergebnisse der ersten von zwei Befragungen der SRG SSR idée suisse, erstellt durch das Forschungsinstitut gfs.bern zur Volksabstimmung vom 17. Mai 2009. Befragt wurden hierzu zwischen dem 30. März und dem 3. April 2009 1'211 repräsentativ ausgewählte Personen. Bezogen auf die Gesamtheit der Befragten beträgt der statistische Stichprobenfehler +/- 2.9 Prozentpunkte.

Grafik 3:

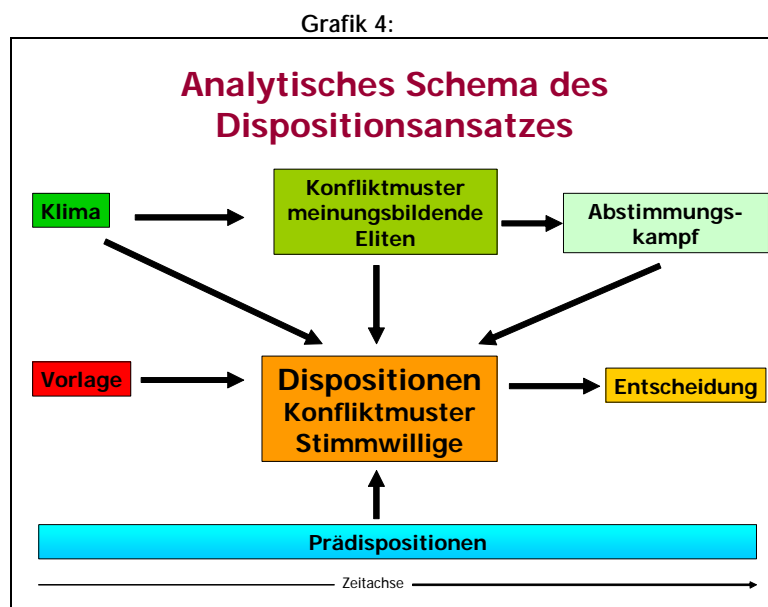
Datenbasis	
Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz
Erhebungsart:	computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
Stichprobenbildung:	sprachregional geschichtete, doppelte Zufallsauswahl (Haushalte, BewohnerInnen)
Befragungsdauer:	30.3.2009-4.4.2009. Mean-Day: 1.4.2009
Stichprobengrösse:	N = 1211 (Total), n = 663 (Teilnahmewillige)
Stichprobenfehler:	+/- 2.9 Prozentpunkte bei 50/50 (N= 1211) +/- 3.9 Prozentpunkte bei 50/50 (n= 663) (beide bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)
Verwendbarkeit:	exklusiv für SRG SSR idée suisse, Sperrfrist: Mittwoch, 8. April 2009, 17:00 Uhr

Zitiervorschlag: Repräsentativ-Befragung von 1'211 stimmberechtigten BürgerInnen aus der ganzen Schweiz. Durchgeführt zwischen dem 30. März 2009 und dem 4. April 2009 für die SRG SSR idée suisse-Medien durch das Forschungsinstitut gfs.bern.

2. Der Untersuchungsansatz

Untersucht werden die beiden Abstimmungsgegenstände vom 17. Mai 2009: die Einführung neuer Biometrischer Pässe, gegen die erfolgreich das Referendum ergriffen worden ist, und der Gegenvorschlag zur Initiative Komplementärmedizin, den das Parlament erarbeitet hat.

Der hierzu verwendete Untersuchungsansatz folgt dem erprobten Vorgehen des Forschungsinstituts gfs.bern für Vorbefragungen zu Volksabstimmungen. Er basiert auf dem Dispositionsansatz. Dieser geht von der These aus, dass Entscheidungen, wie sie bei Volksabstimmungen zustande kommen, weder kollektiv noch individuell ein für alle Mal feststehen. Vielmehr entwickeln sie sich aus den Erfahrungen und der Diskussion zu einem Thema resp. einer Vorlage heraus:



- Auf der Makroebene sind der Positionsbezug der meinungsbildenden Eliten (Regierung, Parlament, Medien), das Meinungsklima, in welchem die Entscheidung stattfindet sowie die Ausgestaltung des Abstimmungskampfs von Belang.
- Auf der Mikroebene geht es um die Verarbeitung von Informationen, die vor dem Hintergrund von Alltagserfahrungen mit den Abstimmungsthemen geschieht.
- Daraus entstehen individuell Stimm- wie Teilnahmeabsichten, von uns als Dispositionen bezeichnet, die sich im Verlaufe des Meinungsbildungsprozesses zu verbindlichen Entscheidungen in der Sache und bezüglich der Beteiligung an der Entscheidung verdichten. Von allen Individuen, die sich berechtigterweise beteiligen können, entsteht so bis zum Abstimmungstag der kollektiv verbindliche Entscheid.

Den vorläufigen Stand dieser Meinungsbildung bestimmen wir hier aufgrund einer Repräsentativ-Befragung, die wir bei insgesamt 1'211 stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz durchgeführt haben. Der Befragungszeitraum reichte vom 30. März bis zum 3. April 2009. Der mittlere Befragungstag war der 1. April 2009.

Befragt wurden stimmberechtigte SchweizerInnen, die im Inland wohnhaft sind. Wir befragten insgesamt 663 Personen, die an der Volksabstimmung bestimmt teilnehmen wollen resp. 551, die das nicht tun wollen. Wir haben bewusst mehr beteiligungsbereite Personen interviewt, weil sie für die Bestimmung der Stimmenverhältnisse massgeblich sind, während die anderen nur zur Kontrolle der Mobilisierungsbereitschaft dienen.

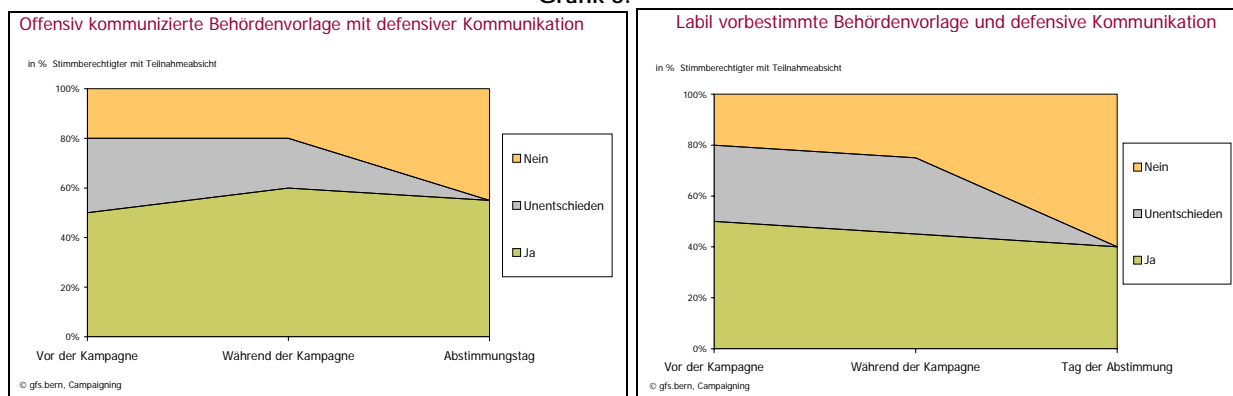
Die Befragung wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) realisiert. Es wurden drei gleich strukturierte Erhebungen in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz durchgeführt. In der Ausgangslage wurden die beiden kleineren Sprachgruppen überrepräsentiert befragt, um bessere sprachregionale Analysen vornehmen zu können. Für gesamtschweizerische Aussagen wurde diese Verteilung wieder zurückgewichtet.

Alle so ermittelten Ergebnisse verstehen sich nicht als Prognosen, sondern als Momentaufnahme des Meinungsbildungsprozesses. Eine Prognose kann höchstens dann vorgenommen werden, wenn nicht nur richtungsmässige Tendenzen, sondern auch zeitliche Trends in den bekundeten Entscheidungen vorliegen. Denn nur dann kann man entscheiden, ob die Verhältnisse stabil sind oder – was viel häufiger ist – die Meinungsbildung dynamisch verläuft. Einzig aufgrund von Einmalbefragungen ist dies nicht möglich; es braucht mindestens zwei vergleichbare Erhebungen.

Der Verlauf der Meinungsbildung kann indessen aufgrund der Erfahrungen, die wir in den letzten zehn Jahren mit Befragungen zu Volksabstimmungen für die SRG gesammelt haben, hypothetisch formuliert werden. Eigentliche punktgenaue Prognosen sind damit jedoch nicht leistbar.

Dabei muss man zuerst zwischen Meinungsbildungsprozessen zu Volksinitiativen resp. zu Behördenvorlagen unterscheiden. Da es sich bei den beiden Volksabstimmungen um Behördenvorlagen handelt, besprechen wir hier nur die Arbeitshypothesen zu Behördenvorlagen.

Grafik 5:



Bei Behördenvorlagen spielt der Effekt der vorbestimmten Meinungsbildung nur dann, wenn Gesetzesänderungen ein breites Bevölkerungsanliegen aufgreifen. In diesem Fall sind die Kampagnen im Wesentlichen dazu da, in der Bevölkerung vorhandene Prädispositionen aufzugreifen und zu verstärken, marginal auch meinungsaufbauend zu wirken. Mit klaren Prädispositionen ist dann zu rechnen, wenn der Abstimmungsgegenstand selbstredend, eindeutig und die Konsequenzen der Entscheidung klar sind. Je häufiger man darüber bereits abgestimmt hat resp. je mehr ein Bezug der Vorlage zum Alltag der Bürgerschaft besteht, umso eher ist dies erfahrungsgemäss auch gegeben.

Die Hypothesen lauten:

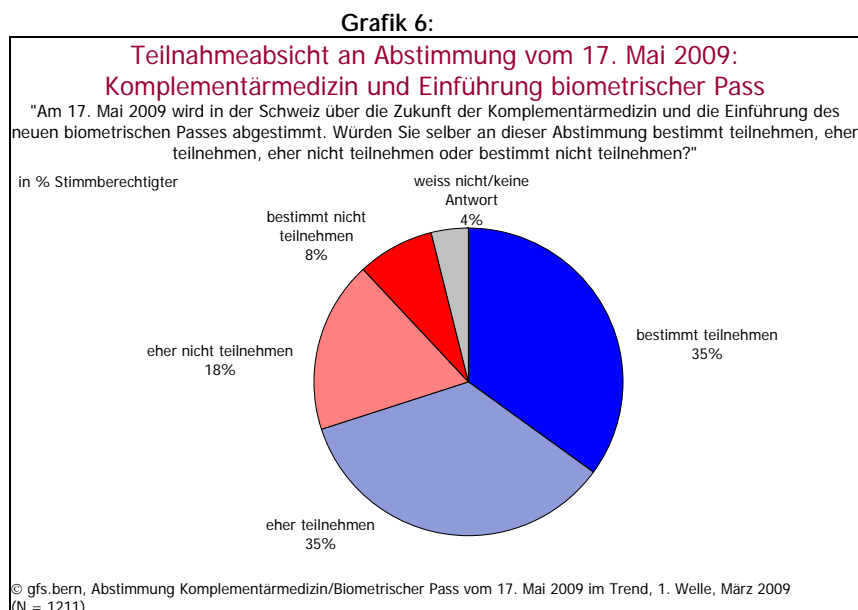
Beide Vorlagen passierten die parlamentarische Beratung mehrheitlich. Es kann damit gerechnet werden, dass die Ja-Seite besser als die Nein-Seite beginnt.

1. Bei der Komplementärmedizin zeichnet sich eine beschränkte Opposition von rechts ab. Die Vorlage kann sich aber auf eine breite Sympathie gegenüber der Komplementärmedizin stützen. Entscheidend wird sein, wem es darüber hinaus gelingt, die in der Gesundheitspolitik zentrale Kostenfrage für sich zu entscheiden.
2. Bei den biometrischen Pässen gibt es eine erhebliche Opposition, die sich auf rechte und linke Parteien stützen kann. Die Vorlage tendiert zudem dazu, die gegenwärtige Stimmungslage, die durch Misstrauen und Verdruss gegenüber dem Ausland (USA, EU, Deutschland) gekennzeichnet ist, symbolisch zum Ausdruck zu bringen. Entscheidend ist, ob es der Ja-Seite gelingt, die Vorteile bei der Sicherheit und der Reisefreiheit relevant zu kommunizieren.

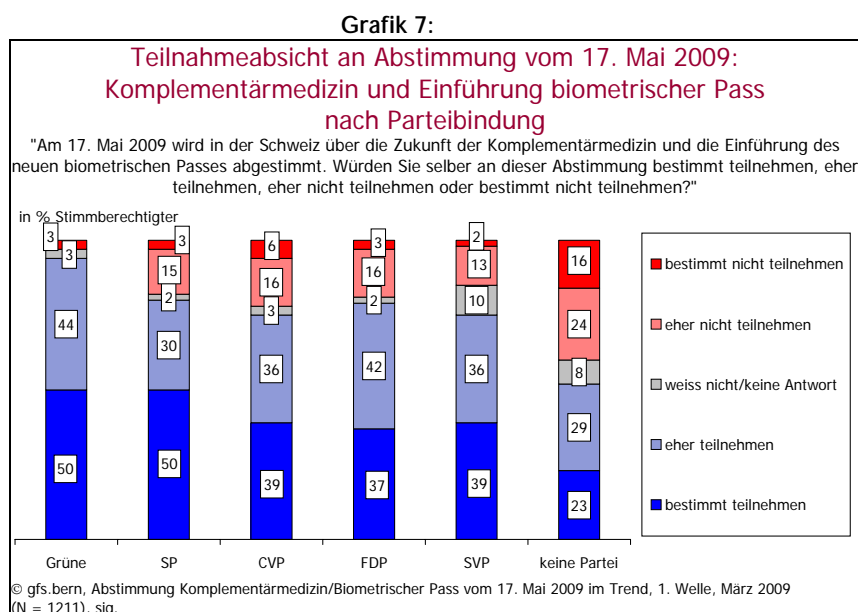
3. Die Befunde

3.1. Die vorläufigen Teilnahmeabsichten

Das vorläufige Interesse an den Volksabstimmungen vom 17. Mai 2009 ist unterdurchschnittlich. Wäre bereits Ende März 2009 entschieden worden, hätten sich nur 35 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt beteiligt. Das ist weniger als im Mittel. Denn üblicherweise nehmen bei Volksabstimmungen heute etwa 45 Prozent teil, und der Anfangswert für die Mobilisierung liegt normal bei 40 Prozent.



Generell kann man sagen, dass die Linke etwas besser zum Urnengang motiviert ist als die bürgerlichen und rechten AnhängerInnen. Diese wiederum wollen sich häufiger äussern als die parteiungebundenen BürgerInnen. Man kann das auch so sagen: Bei der momentanen Sockelmobilisierung werden vor allem Parteigebundene angesprochen, und hier etwas vermehrt rot-grüne WählerInnen.



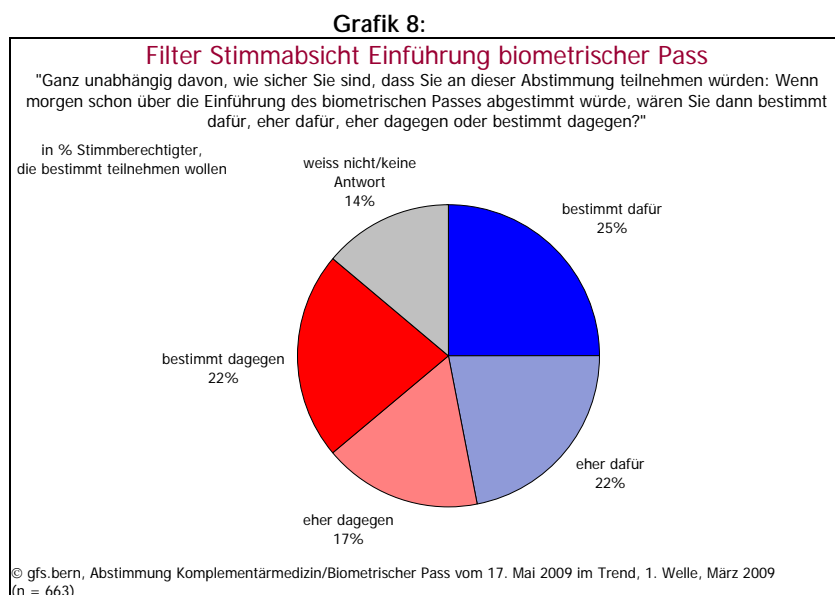
Darüber hinaus zeigt sich, wie immer, eine Abhängigkeit der Teilnahmeabsicht von der Bildung und vom Alter. Es kommen leichte Unterschiede in den Sprachregionen hinzu.

Die Mobilisierungsbereitschaft ist nach Parteien unterschiedlich. Am höchsten ist sie bei der SP, gefolgt von den Grünen, der FDP, der CVP und der SVP. Bei einer erhöhten Beteiligung ist damit zu rechnen, dass das Gewicht der gegnerischen Potenziale schneller wächst als das der Befürwortenden.

3.2. Stand der Meinungsbildung zu den Biometrischen Pässen

3.2.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Wäre Ende März 2009 über die Einführung der Biometrischen Pässe, wie es Bundesrat und Parlament vorschlugen, entschieden worden, hätten 25 Prozent der Teilnehmewilligen bestimmt dafür gestimmt, und wären 22 Prozent eher dafür gewesen. Zusammen gibt das 47 Prozent, die eher auf der Ja-Seite sind.



Eher im Nein-Lager befinden sich 39 Prozent der Beteiligungsbereiten. 22 Prozent wollen die Vorlage bestimmt ablehnen, weitere 17 Prozent neigen in diese Richtung.

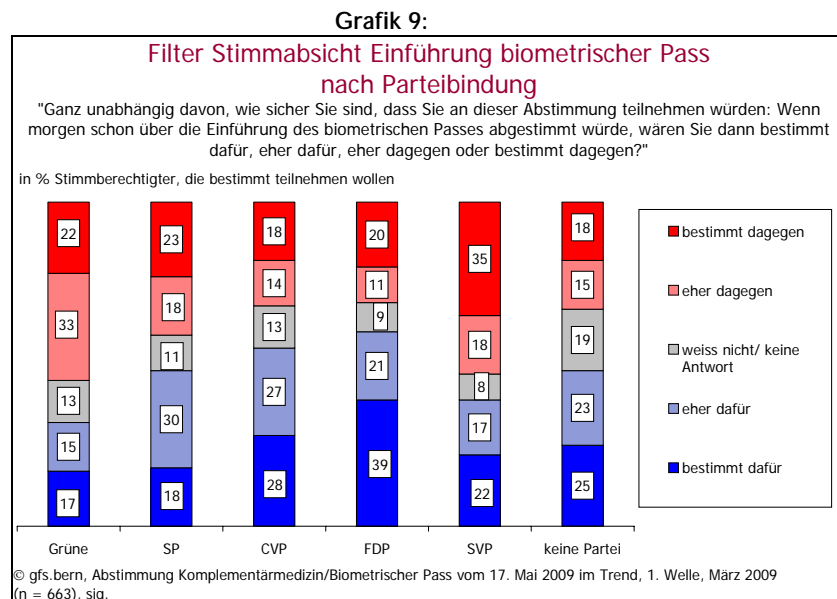
Unter den teilnehmewilligen Stimmberechtigten äussern nur 14 Prozent keine Stimmabsicht.

Addiert man die bestimmt Entschiedenen auf beiden Seiten zusammen, hat weniger als die Hälfte eine klare Stimmabsicht. Das spricht für eine labile Vorbestimmtheit des Abstimmungsausgangs, denn es sind noch eindeutig zu wenige Entscheidungen verbindlich gefällt, um von stabilen Verhältnissen auszugehen. Dabei hat die Ja-Seite in der Ausgangslage einen leichten Vorsprung auf das Nein, ohne dass sich klare Mehrheitsverhältnisse abzeichnen.

Der Ausgang der Abstimmung kann damit im jetzigen Zeitpunkt nicht bestimmt werden.

3.2.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Im Vergleich zur Meinungsbildung in den parteipolitischen Eliten zeichnet sich damit eine etwas offenere Ausgangslage ab. Das hat damit zu tun, dass die Stimmabsichten in den Parteibasen nur bedingt identisch sind mit den Parteiparolen.

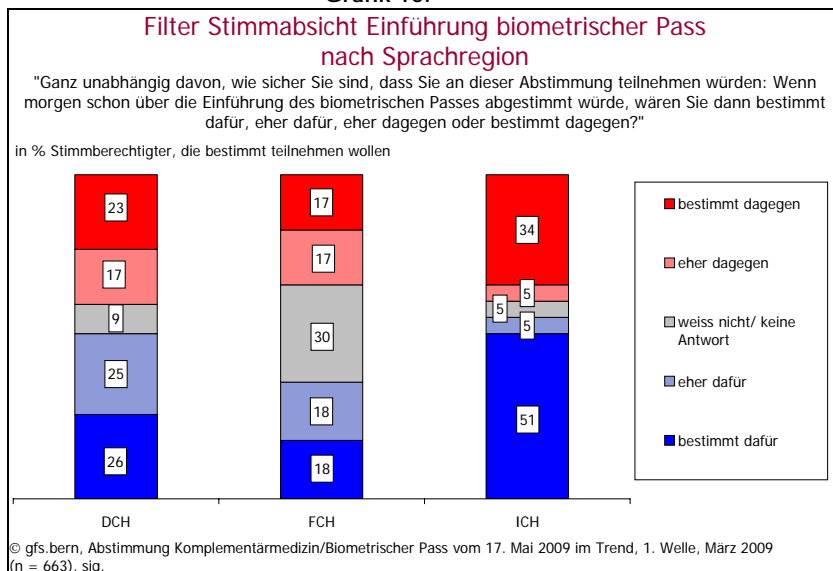


Mehrheitlich für die neuen Reisepässe sind die AnhängerInnen der befürwortenden Parteien FDP und CVP. Bei der SP, die ein Nein empfiehlt, wollen gegenwärtig 48 Prozent der WählerInnen zustimmen; 41 Prozent sind auf der Nein-Seite. Insbesondere hier ergibt sich ein leichter Widerspruch der Basis zur Elite-Position. Bei der SVP stimmen zwar die Mehrheitsverhältnisse mit der ablehnenden Parole überein, doch ist auch hier kein einheitlicher Wille ersichtlich. Wäre Ende März entschieden worden, hätten 53 Prozent der SVP-Wählenden Nein gesagt, während 39 Prozent auf der Ja-Seite gewesen wären. Etwas klarer ist die Aufteilung bei den Grünen, wo 55 Prozent ablehnend, 32 Prozent zustimmend disponiert sind.

Wenn parteipolitisch kein einheitliches Stimmverhalten resultiert, hat das auch mit den übrigen Konfliktlinien zu tun, die vielfältig sind. Das erschwert es in der Regel, eine klare Polarisierung zu erzeugen.

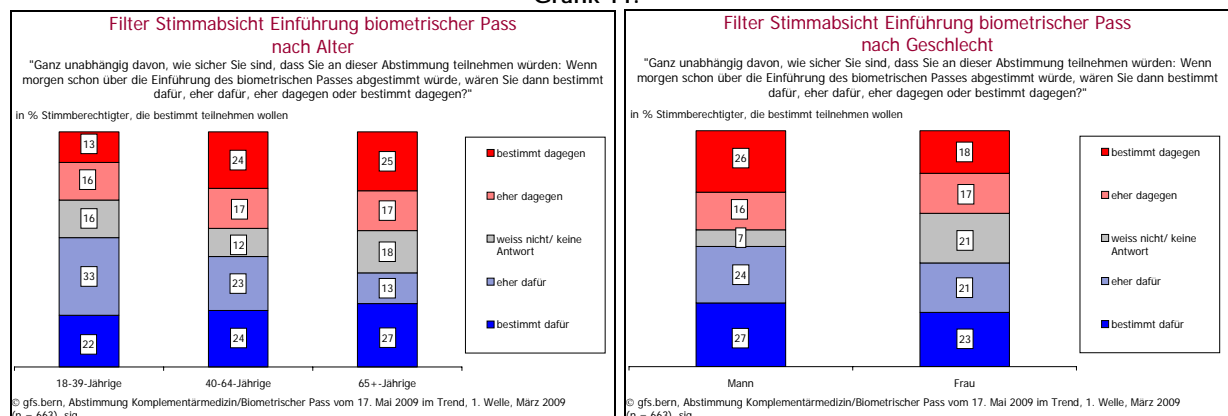
Signifikante Unterschiede finden sich entlang der Sprachregionen, der Soziodemografie und der Schicht.

Grafik 10:



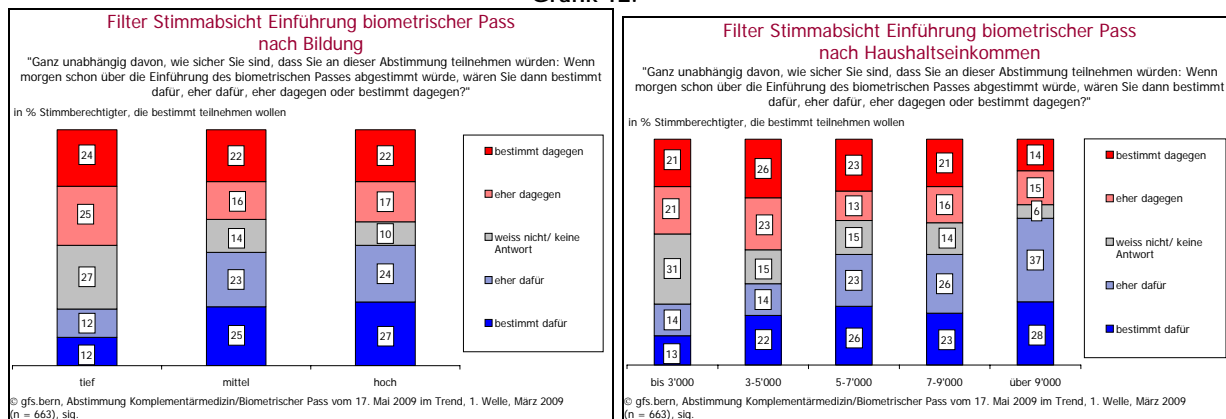
Klarer für die biometrischen Pässe ist man in der italienischsprachigen Schweiz, während die Zustimmung in der französischsprachigen unterdurchschnittlich ist. Hier ist aber auch die Opposition in der teilnahmewilligen Bevölkerung am kleinsten. Das rührt daher, dass 30 Prozent der Romand(e)s, die sich beteiligen wollen, nicht wissen, was sie stimmen wollen.

Grafik 11:



Mehr für die neuen Reisepässe sind Männer gegenüber Frauen und Junge gegenüber Alten. Bei den unter 40-Jährigen und bei den Männern gibt es Zustimmungsmehrheiten. Ablehnungsmehrheiten gibt es bei keiner der untersuchten soziodemografischen Gruppen. Die Unschlüssigkeit ist aber bei Frauen und RentnerInnen überdurchschnittlich.

Grafik 12:



Ein klarer Zusammenhang besteht schliesslich zwischen der sozialen Schicht und den Stimmabsichten. Man kann das so zusammenfassen: Je höher der Schulabschluss oder das Haushaltseinkommen ist, desto eher ist man für die neuen Reisepässe, während die Opposition und die Unschlüssigkeit in den unteren Schichten ausgeprägter vorhanden ist.

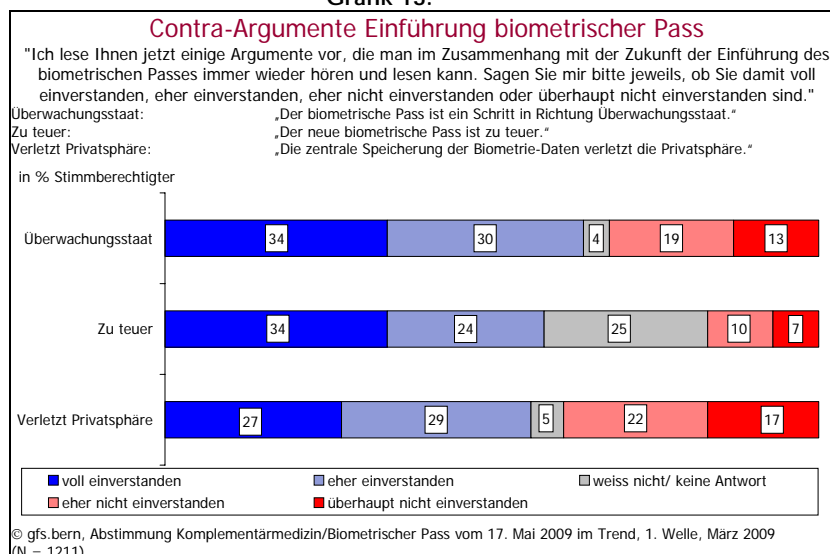
Die grösste Zustimmungabsicht resultiert in den höchsten Einkommensgruppen. Hier sind 65 Prozent eher befürwortend und nur 29 Prozent ablehnend.

Im vorläufigen Votum der BürgerInnen, die sich an der Abstimmung über die neuen biometrischen Pässe äussern wollen, kommt damit eine erhebliche Protesthaltung zum Ausdruck, die zunächst sozialen Charakter hat, der sich auf die Parteien abfärbt und in einigen Regionen und Gesellschaftsgruppen verstärkt ausgeprägt ist. Er ist in der Ausgangslage gesamtschweizerisch aber nicht mehrheitlich.

3.2.3. Die vorläufige Bewertung der Argumente

Das populärste Schlagwort gegen die neuen Reisepässe betrifft den „Überwachungsstaat“. 64 Prozent der Stimmberechtigten sind ganz oder eher der Meinung, mit ihrer Einführung mache man einen Schritt in diese Richtung. Damit legt eine negative Botschaft die am meisten geteilte Basis für den Abstimmungskampf.

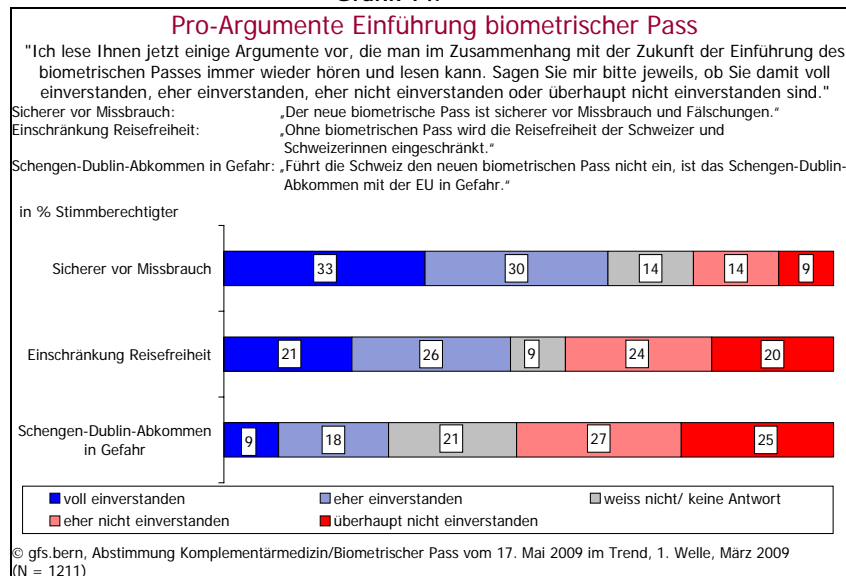
Grafik 13:



58 Prozent der Befragten sind zudem der Meinung, die neuen Pässe seien zu teuer. Schliesslich ist auch das dritte der getesteten Nein-Argumente mit einer Zustimmungsrate von 57 Prozent mehrheitsfähig. Demnach verletzt die zentrale Speicherung biometrischer Daten die Privatsphäre.

Unter dem Strich gesehen, verfügt die Nein-Seite damit über drei Botschaften, die mehrheitlich geteilt werden. Das ist auf der Ja-Seite nicht der Fall.

Grafik 14:



Mehrheitlich geteilt wird die befürwortende Auffassung, wonach die biometrischen Pässe dank der technischen Verbesserungen sicherer sind. Missbräuche und Fälschungen könnten so eher ausgeschlossen werden, glauben 63 Prozent mehr oder weniger klar.

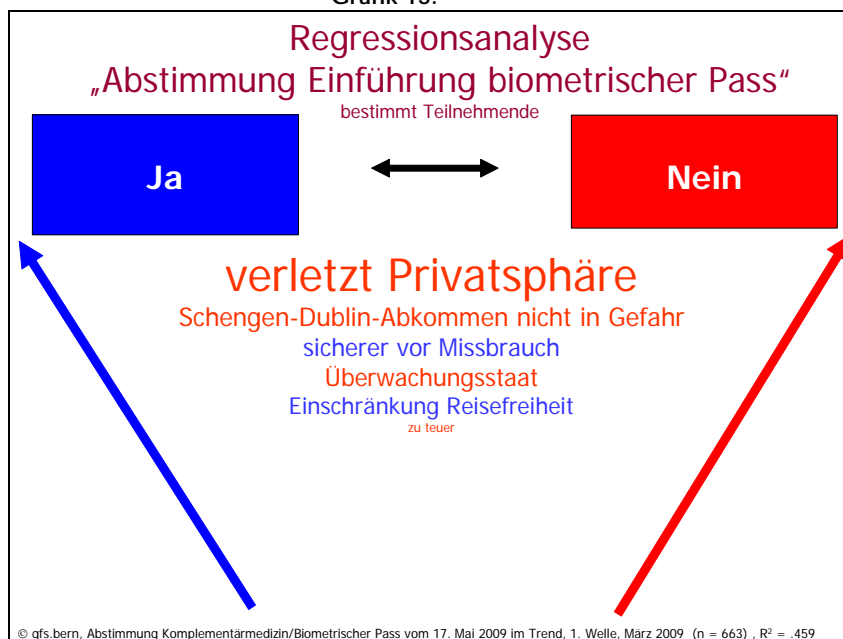
Gespalten sind die SchweizerInnen, ob ein Verzicht auf biometrische Pässe die Reisefreiheit einschränke oder nicht. 47 Prozent sehen das mehr oder minder so, 44 Prozent widersprechen dem bestimmt oder eher.

Eindeutig nicht mehrheitsfähig ist die Ja-Seite, wenn sie vorgibt, bei einem Nein zu den Biometrie-Pässen seien die Abkommen von Schengen/Dublin in Gefahr. 52 Prozent widersprechen dem Argument, 27 Prozent stimmen ihm zu.

Bezieht man sich auf die Botschaften, hat die Nein-Seite Vorteile. Das kommt auch im Wirkungstest der Argumente zum Ausdruck. Dieser untersucht nicht die Popularität der Botschaften, wie sie hier referiert wurden, sondern schätzt, wie wahrscheinlich eine Botschaft resp. alle Botschaften zusammen die bekundeten Stimmabsichten beeinflusst. Damit simuliert dieser Test die Meinungsbildung unter verschiedenen Einflüssen am besten.

Der Schluss daraus ist eindeutig. Die vorläufigen Stimmabsichten am klarsten polarisiert das Nein-Argument, wonach mit der vorgeschlagenen Einführung neuer Pässe die Privatsphäre tangiert wird. Das ist zwar nicht ein generelles Nein zu biometrischen Reisedokumenten, doch eines, das sich gegen die Zentralisierung der Informationen wendet.

Grafik 15:



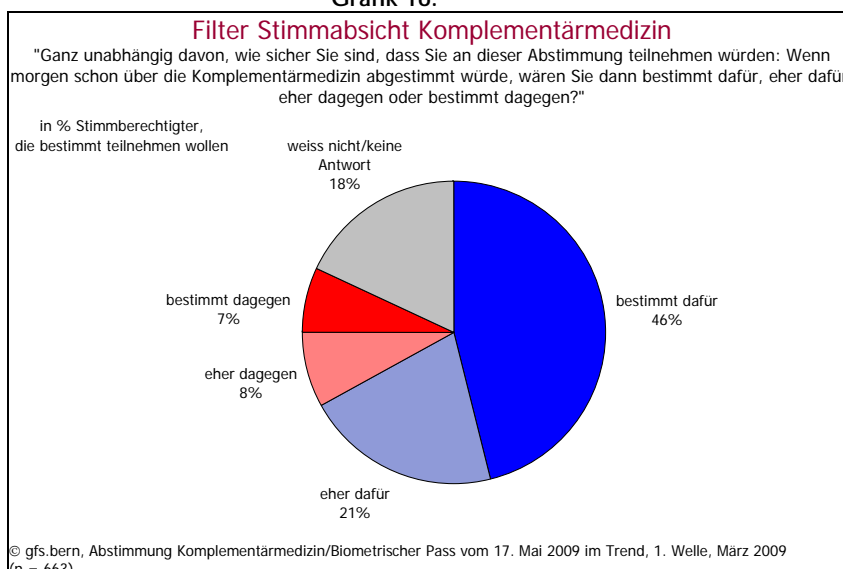
Verstärkt wird es durch die Botschaft, man bewege sich mit der Vorlage in Richtung Überwachungsstaat. Und hilfreich ist für die Gegnerschaft auch, dass das Schengen/Dublin-Argument der Ja-Seite mehrheitlich nicht geglaubt wird. Die mehr finanziellen Aspekte der Vorlage beeinflussen die Stimmabsichten hingegen kaum. Der Ja-Seite bleibt die Sicherheit vor Missbräuchen und der Wahrung der Reisefreiheit.

3.3. Stand der Meinungsbildung zur Komplementärmedizin

3.3.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

53 Prozent der an der Abstimmung teilnahmewilligen BürgerInnen haben bereits jetzt eine feste Stimmabsicht. Weitere 29 Prozent verfügen über eine tendenzielle Ausrichtung ihrer Entscheidung zur Komplementärmedizin. 18 Prozent der beteiligungsbereiten Personen äussern noch gar keine Entscheidungstendenz.

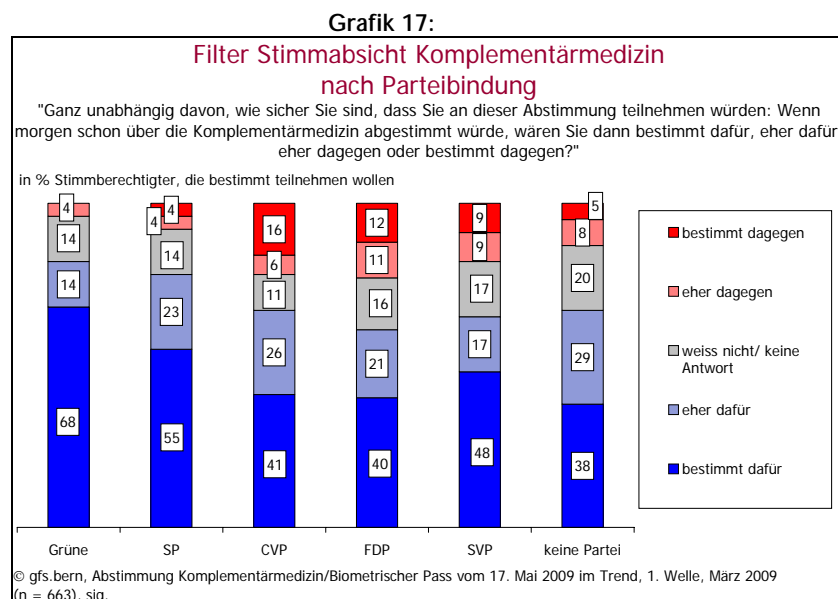
Grafik 16:



Die Ausgangslage zu Beginn der Kampagne zeigt klare Vorteile der Ja-Seite auf. Zwei Drittel der Teilnehmewilligen wollen bestimmt oder eher dafür stimmen und lediglich 15 Prozent bestimmt oder eher dagegen.

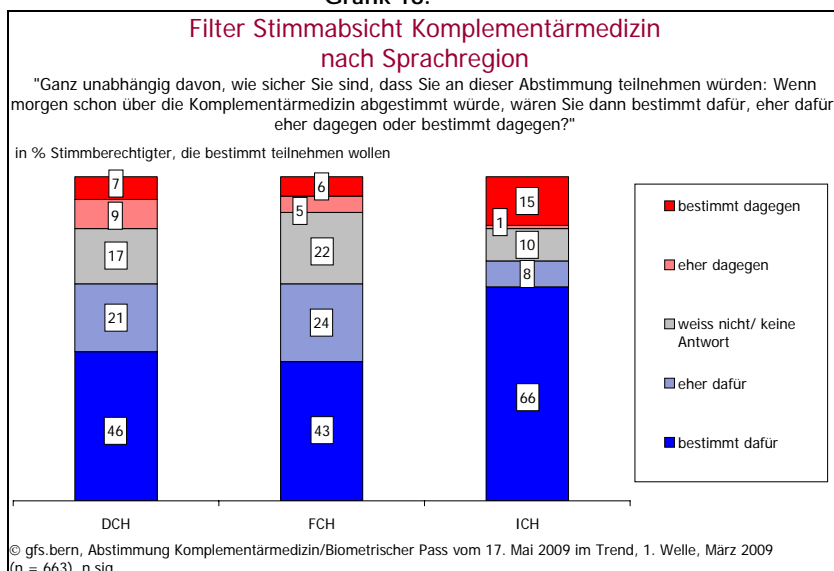
3.3.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Für klare Vorteile der Ja-Seite in der Ausgangslage sprechen auch die Ja-Mehrheiten (bestimmt und eher dafür) der mobilisierten Anhängerschaften der wichtigen Parteien. Auf der linken Seite des politischen Spektrums sind diese Mehrheiten bereits in der Ausgangslage gefestigt (bestimmt dafür), während sie in den bürgerlichen Parteien und bei Personen ohne Parteibindung etwas weniger gefestigt sind. Insbesondere bei der SVP, welche die Nein-Parole fasste, öffnet sich in der Ausgangslage ein Elite-Basis-Konflikt.



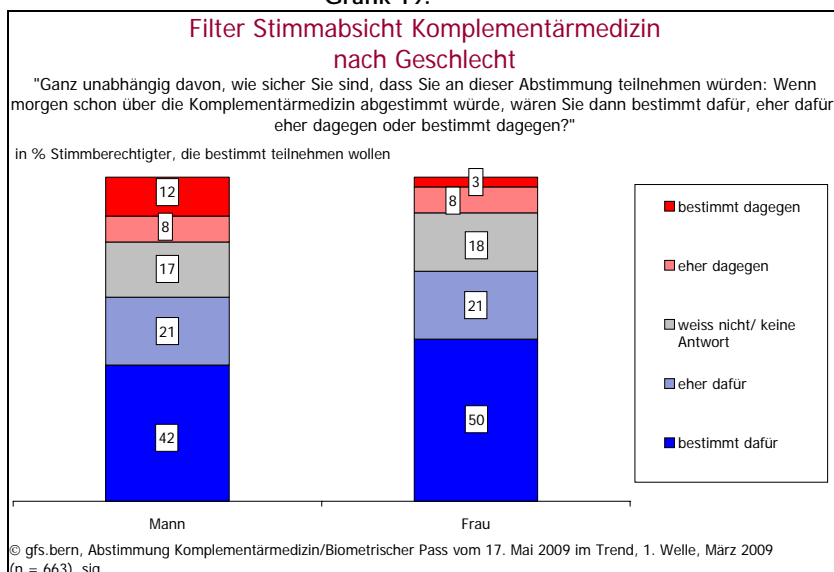
So schwach ausgeprägt wie die Konfliktlinien zwischen den Parteianhängerschaften sind auch die anderen Konfliktmuster. Keine von uns untersuchte Untergruppe will in ihrer Mehrheit bestimmt oder eher gegen die Vorlage stimmen. Es variiert vor allem der Grad der Unsicherheit. Nicht signifikant sind namentlich die Unterschiede in den verschiedenen Siedlungstypen, in den verschiedenen Einkommens- oder Bildungsklassen, nach Alter und nicht zuletzt in den Sprachregionen.

Grafik 18:



Klare Vorteile besitzt die Vorlage für Frauen im Vergleich zu Männern. Vor allem Männer sind unabhängig von ihrer politischen Orientierung offenbar etwas kritischer mit der Komplementärmedizin als andere Gruppen. Frauen dagegen gewichten in Abstimmungen regelmässig Anliegen von KonsumentInnen höher als Männer. Dies würde für die These sprechen, dass die Vorlage in der Ausgangslage nicht gesundheitspolitisch aufgeladen ist, sondern ein Konsumbedürfnis zum Ausdruck gebracht wird.

Grafik 19:

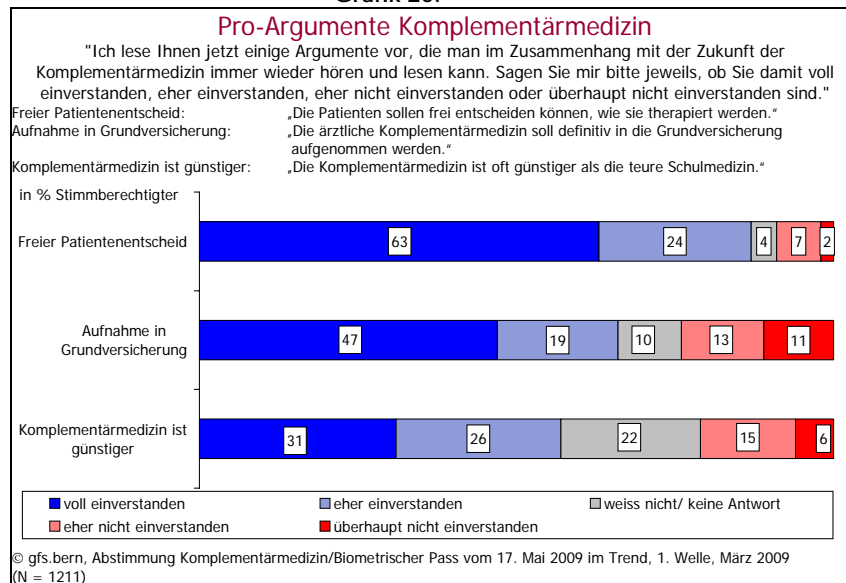


3.3.3. Die vorläufige Bewertung der Argumente

Für die Perspektive einer Abstimmung, die aus Sicht eines Konsumbedürfnisses entsteht, spricht die mehrheitliche Unterstützung des Arguments, dass die PatientInnen selber über die Therapie entscheiden können. Ebenfalls klar akzeptiert ist die definitive Aufnahme der Komplementärmedizin in die Grundversicherung. Die Komplementärmedizin selbst verfügt zudem über eine gutes Preis-Image: Sie gilt für eine Mehrheit von 57 Prozent als „oft günstiger als die teure Schulmedizin“. Nur 21 Prozent sind mit dieser Aussage nicht einverstanden. Die Kostendiskussion im Gesundheitswesen spricht damit also zurzeit

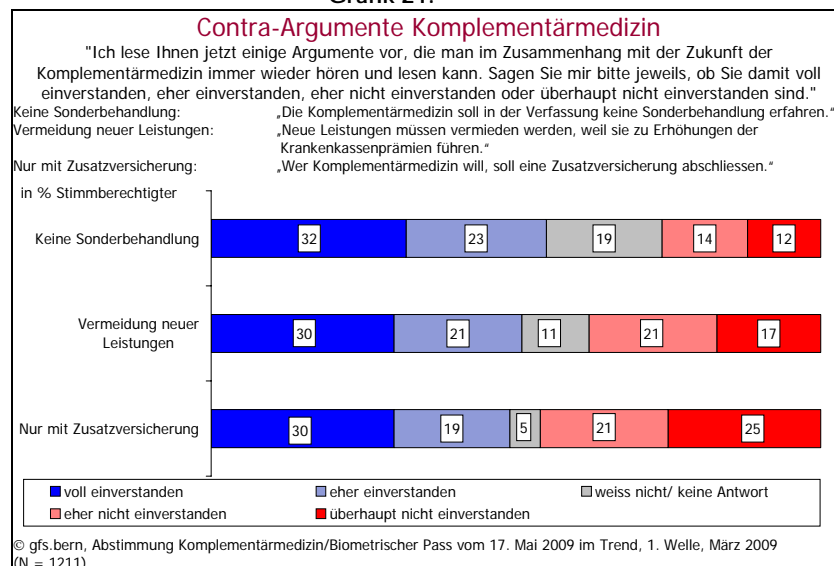
ebenfalls eher für die Vorlage, obwohl teilweise von der Gegnerschaft mit steigenden Kosten wegen der Komplementärmedizin argumentiert wurde.

Grafik 20:



Im Vergleich zur Pro-Argumentation ist die Unterstützung aller Gegenargumente schwächer. Nur knapp mehrheitsfähig sind die Argumente, dass die Komplementärmedizin in der Verfassung keine Sonderbehandlung erfahren dürfe, und dass neue Leistungen vermieden werden sollen, weil sie zu Erhöhungen der Krankenkassenprämien führen. Knapp nicht mehrheitsfähig ist das Argument, dass Leistungen der Komplementärmedizin mit einer Zusatzversicherung bezogen werden sollen.

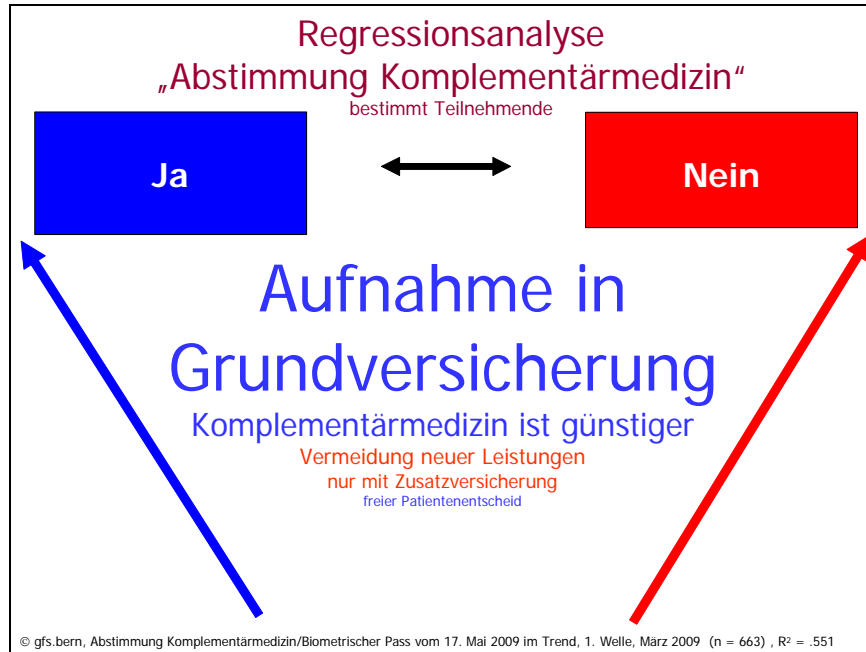
Grafik 21:



Die definitive Aufnahme der Komplementärmedizin in die Grundversicherung ist allgemein nicht nur stark akzeptiert, sondern erhöht als Argument auch klar die Chance, dass sich jemand für die Vorlage ausspricht. Setzt sich diese Argumentation bis zum Abstimmungstag durch, wäre mit einem symbolischen Grundsatzentscheid zugunsten der breit akzeptierten Komplementärmedizin zu rechnen. Unterstützend hilft zurzeit das positive Preisimage der Komplementärmedizin. Dagegen wirken die Gegenargumente nur schwach: Die Vermeidung neuer Leistungen und die Forderung nach einer Zusatzversiche-

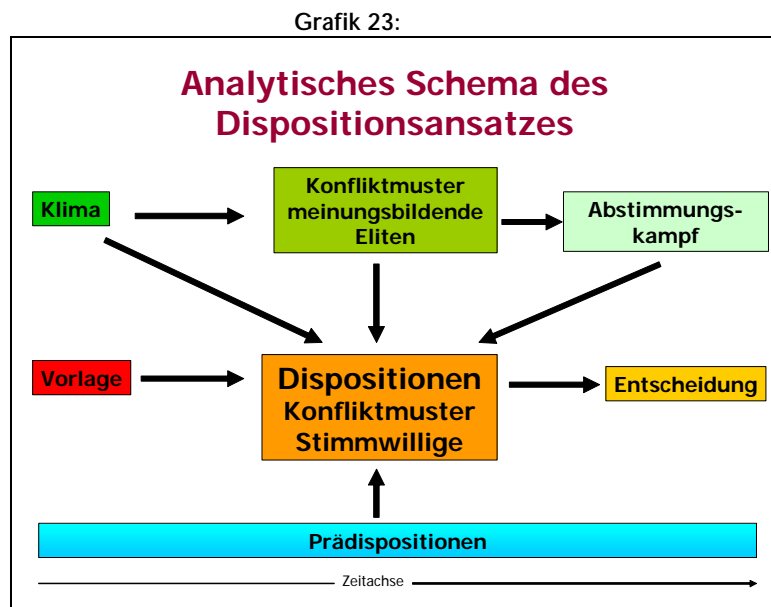
zung fördern nur mässig die bisherigen Nein-Stimmabsichten. Der freie Patientenentscheid schliesslich – immerhin das am stärksten akzeptierte Argument der Ja-Seite – wirkt nur noch schwach auf die bisherigen Stimmabsichten. Gar nicht wirksam ist das formaljuristische Argument, wonach die Komplementärmedizin in der Verfassung keinen Sonderstatus erhalten solle.

Grafik 22:



4. Die Synthese

Die gesammelten und präsentierten Befunde sollen abschliessend auf dem Hintergrund des Dispositionsansatzes gewürdigt werden. Dieser geht von der These aus, dass Abstimmungsergebnisse nicht ein für alle Mal feststehen, sondern einerseits aus Erfahrungen mit dem Thema (Prädispositionen), andererseits aus den Wirkungen der Kampagnen (Informationen) hergeleitet werden können.



Bei Behördenvorlagen gehen wir grundsätzlich davon aus, dass die Ja-Seite einen Vorsprung hat, der die Willensbildung in Regierung und Parlament widerspiegelt. Er kann aber unterschiedlich hoch sein und die vorläufigen Stimmabsichten, die hierfür bestimmt werden, können von unterschiedlicher Stabilität sein.

Bezogen auf die beiden Vorlagen, die hier untersucht wurden, formulierten wir die nachstehenden erkenntnisleitenden Hypothesen:

1. Bei der Vorlage zur Komplementärmedizin zeichnet sich im Abstimmungskampf eine beschränkte Opposition von rechts ab. Sie kann sich aber auf eine breite Sympathie gegenüber dem Anliegen stützen. Entscheidend wird sein, wem es darüber hinaus gelingt, die in der Gesundheitspolitik zentrale Kostenfrage für sich zu entscheiden.
2. Bei der Vorlage zu den biometrischen Pässen gibt es eine erhebliche Opposition, die sich auf rechte und linke Parteien stützen kann. Die Vorlage tendiert zudem dazu, die gegenwärtige Stimmungslage, die durch Misstrauen und Verdruss gegenüber dem Ausland gekennzeichnet ist, symbolisch zum Ausdruck zu bringen. Entscheidend ist, ob es der Ja-Seite gelingt, die Vorteile bei der Sicherheit und der Reisefreiheit relevant als Stabilisatoren der Meinungsbildung zu kommunizieren.

Die Befunde, die dazu ermittelt wurden, können nun wie folgt resümiert werden:

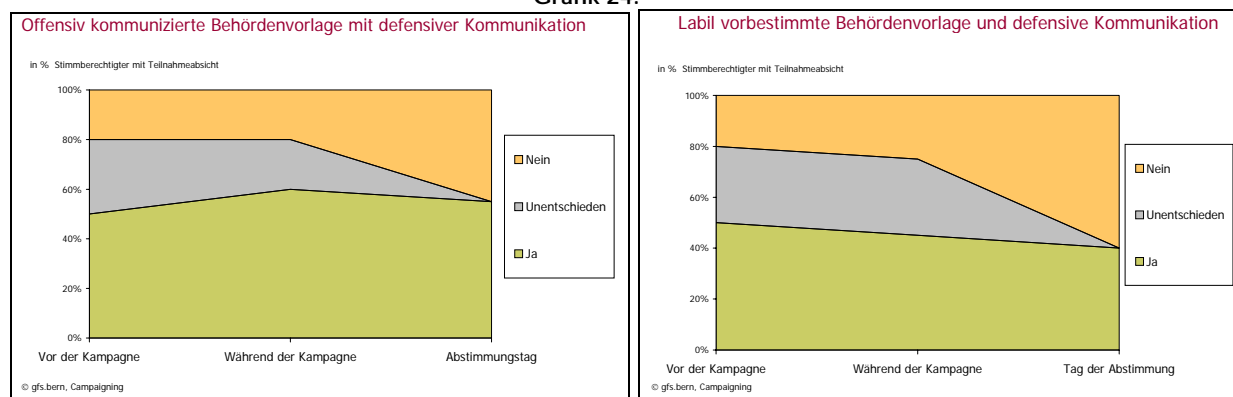
Die Volksentscheidung zu den biometrischen Pässen ist noch nicht gefallen. Unsere erste von zwei Umfragen in dieser Sache legt eine labile, nicht entschiedene Meinungsbildung in der stimmberechtigten und beteiligungswilligen Bevölkerung offen. Zwar wollen mehr dafür als dagegen stimmen, doch reicht das für eine Mehrheit nicht aus. Zudem ist nicht einmal die Hälfte der vergleichsweise eher wenigen, die sich momentan äussern wollen, klar entschieden.

Die Analyse der Konfliktlinie zeigt, dass ein erhebliches Protestpotenzial gegen die Vorlage besteht, das vor allem sozialen Charakter hat. Es beeinflusst auch die Stimmabsichten in den Parteianhängerschaften, die weniger klar als in der Elite der parteipolitischen Polarisierung folgen. Vielmehr finden sich neben der Schicht auch soziodemografische und regionale Einflüsse auf die Stimmabsichten.

Die stärkste thematische Polarisierung löst momentan die Zentralisierung der biometrischen Daten aus, die mehrheitlich als Eingriff in die Privatsphäre verstanden wird. An dieser Frage scheiden sich die Geister am meisten. Die Ja-Seite kann mit der Sicherheit und Reisefreiheit punkten, nicht aber mit der Annullierung der Abkommen von Schengen/Dublin.

Grundsätzlich sind die beiden Verläufe, die in den nachstehenden Grafiken aufgezeigt werden, denkbar. Damit sind aus gegenwärtiger Sicht auch beide Ausgänge der Volksabstimmung möglich.

Grafik 24:



Die Ausgangslage zur Komplementärmedizin ist für die Behörden deutlich komfortabler, ist doch die Zustimmungsbereitschaft einiges höher als bei den biometrischen Pässen. Zudem haben auch schon mehr als 50 Prozent der Teilnehmewilligen eine feste Stimmabsicht.

Parallel dazu ist das Konfliktmuster viel schwächer, gibt es doch keine signifikant abweichende Gruppe, die mehrheitlich im Nein wäre. Das gilt selbst für die SVP, deren Parteispitze ein Nein empfiehlt. Allenfalls muss man zwischen den Geschlechtern eine graduell verschiedene Stimmabsicht in dieser Frage erwarten.

Zentral für die Zustimmung ist die Botschaft, die Komplementärmedizin in der vorgeschlagenen Form in der Grundversicherung zu berücksichtigen. Verstärkt wird das damit, dass Komplementärmedizin als Teil einer kostengünstigen Medizin gilt. Diese beiden Argumente bestimmen die bisherige Meinungsbildung weitgehend.

Der Abstimmungsausgang steht auch hier nicht fest, doch ist die Möglichkeit einer Zustimmung am 17. Mai 2009 klarer als bei der anderen Vorlage gegeben. Der erste Verlauf, der von einem Vorteil der Ja-Seite ausgeht, ist wahrscheinlicher.

These 1:

Der Ausgang der Abstimmung über die Biometrische Pässen kann vorerst nicht bestimmt werden.

Die Stimmabsichten lassen eine recht offene Situation mit beschränkten Vorteilen für die Ja-Seite erkennen. Argumentativ ist die Vorlage aber durch die Themen und Sichtweisen bestimmt. Vor allem die Zentralisierung von Informationen polarisiert als unnötiger Eingriff in die Privatsphäre. Zudem ruft die Vorlage Ängste vor dem Überwachungsstaat hervor. Fälschungssicherheit und Reisefreiheit sind die Botschaften, welche die Ja-Seite einsetzen kann.

Das so ausgelöste Konfliktmuster ist komplex, vor allem durch eine Protesthaltung in den unteren sozialen Schichten bestimmt, beschränkt auch durch die Opposition von Grünen und SVP bestimmt, während die Mehrheitsverhältnisse bei der SP unklar sind.

These 2:

Der Ausgang der Abstimmung über die Komplementärmedizin ist an sich offen, wobei die Zustimmung aus gegenwärtiger Sicht wahrscheinlich ist.

Die Stimmabsichten sind eindeutig in Richtung Zustimmung gerichtet. Ein Konfliktmuster ist nur in Ansätzen erkennbar; nicht einmal bei der opponierenden SVP ist die Ablehnung in der Ausgangslage mehrheitlich.

Für eine Zustimmung spricht vor allem die Berücksichtigung der Komplementärmedizin in der Grundversicherung. Dies umso mehr als sie als Teil einen kostengünstigen Medizin angesehen wird.

Der Anhang

Das gfs.bern Team

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



LUKAS GOLDER

Politikwissenschaftler, Mitglied der
Geschäftsleitung, Senior-Projektleiter.
Schwerpunkte: Integrierte Kommunikations-
und Kampagnenanalysen, Medienwirkungs-
analysen, Abstimmungen, Wahlen.

[identität]



LAURA KOPP

Politikwissenschaftlerin, Projektleiterin.
Schwerpunkte der Forschung: Analyse
politischer Themen und Issues,
Evaluationen, Gesellschaftsthemen,
Feldaufträge, international vergleichende
Studien, Qualitativmethoden, Text- und
Inhaltsanalyse, Abstimmungen und Wahlen.
Publikationen im Rahmen der VOX-Analyse
und auf Internet.

[identität]



JONAS KOCHER

Projektmitarbeiter gfs.bern
Schwerpunkte der Arbeit:
Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.